

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

III. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 25. bis 28. November 2014

Weil würdigt die Kirche als wichtigen Partner

Erstmals seit 1955 sprach ein niedersächsischer Ministerpräsident vor der Landessynode. Unter Applaus unterstrich Stephan Weil (SPD) die guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche.

„Wir ziehen am gleichen Strang und auch in dieselbe Richtung“, sagte Weil. Das Land und die Kirchen hätten in Niedersachsen ein „entspanntes und partnerschaftliches“ Verhältnis auf der Grundlage des Loccumer Vertrags von 1955. Der Staat sei weltanschaulich neutral, aber „wertgebunden“, betonte der katholisch getaufte und heute konfessionslose Ministerpräsident. „Es gibt große Schnittmengen zwischen der christlichen Botschaft und den Werten des Grundgesetzes.“ Der Staat sei auf gesellschaftliche Kräfte angewiesen, die das öffentliche Leben mitgestalten. Ein „geborener Partner“ sei dabei die Kirche.

Weil hob hervor, dass die Präambel der niedersächsischen Landesverfassung mit den Worten „Im Bewusstsein vor Gott und den Menschen“ beginne: „Das ist ein gutes Zeichen, wir sollten daran festhalten.“ Die Landessynode hatte den Ministerpräsidenten anlässlich des Themenjahrs „Reformation und Politik“ zu sich eingeladen. Weil machte durch humorvolle Bemerkungen über das parlamentarische Leben von Anfang an deutlich, dass er sich hier „zu Gast bei Freunden“ fühle. In seiner Rede betonte er, dass das Land am Religionsunterricht an den Schulen festhalten wolle: „Wir planen keine nennenswerten Änderungen.“



Stephan Weil (rechts) erhält die Niedersachsen-Bibel

Im Blick auf den demografischen Wandel setzte sich Weil für eine bessere Bezahlung für Pflegerinnen und Pfleger älterer Menschen ein. „Es muss zum selbstverständlichen Anspruch unserer Gesellschaft gehören, dass die ältesten Menschen einen würdigen Lebensabend haben.“

Landesbischof Ralf Meister überreichte Weil eine handgeschriebene „Niedersachsen-Bibel“, die am Tag der Deutschen Einheit in Hannover entstanden war. Die Landeskirche habe „hohen Respekt vor den Menschen, die die Gestaltung der Politik zu ihrem Beruf gemacht haben“, sagte er. Politik dürfe sich allerdings nicht in Routine erschöpfen, sondern müsse einem „geschärften Gewissen“ entspringen.

Aus dem Inhalt

Solide Finanzen verschaffen
Atempause

Seite 3

Meister: Debatte um Sterbehilfe
wichtig für Gesellschaft

Seite 6/7

Landeskirche auf dem Weg
zu einer Verfassungsreform

Seite 8

Weil: Interreligiöser Dialog besonders wichtig

Im Anschluss an seinen Vortrag stand der Ministerpräsident den Mitgliedern der Landessynode Rede und Antwort. Das Staatskirchenrecht sowie Integration und Flüchtlinge waren die Hauptthemen.

Die Frage von Thomas Reisner, ob es anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Loccumer Vertrags im nächsten Jahr bei den Staatsleistungen bleiben werde, beantwortete Weil mit einem knappen, aber präzisen „Ja.“

Zu der Frage von Alwin Pfanne nach den Staatsleistungen für andere religiöse Gemeinschaften sagte der SPD-Politiker, in Zusammenarbeit mit den Muslimen stehe Pionierarbeit an. Das Land verhandele zurzeit über einen Staatsvertrag, dabei stünden finanzielle Gesichtspunkte nicht im Mittelpunkt. In den Moschee-Gemeinden werde ausgesprochen wertvolle Arbeit geleistet: „Ich freue mich über alle Kontakte zwischen christlichen Gemeinden und Moschee-Gemeinden.“ Der interreligiöse Dialog sei besonders wichtig.

Viele Menschen, die nach Deutschland gelangten, müssten Demokratie erst einmal lernen, führte Weil aus. „Demokratie ist nicht automatisch in uns drin.“

Flüchtlingen, die zum Beispiel aus Ländern wie Afghanistan kämen, seien Staaten im westlichen Sinn gar nicht bekannt: „Wir müssen maximal viel miteinander reden und arbeiten.“ Dazu gehöre vor allem, dass die Zuwanderer ihre Kinder in Tagesstätten schicken. Hanna Löhmannsröben fragte nach dem Schutz und den Rechten minderjähriger Flüchtlinge, die ohne Familie einreisen. „Die Gruppe der unbegleiteten Flüchtlinge ist eine Riesenherausforderung“, räumte der Ministerpräsident ein. Er verwies auf rund 80 Sprachlernkurse, die in Niedersachsen zurzeit angeboten würden.

In diesem Zusammenhang appellierte er an die Bundesregierung, die Länder bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu unterstützen. „Die Länder und Kommunen tun, was sie können, um Flüchtlinge zu integrieren. Aber der Bund handelt so, als wenn das Thema nicht in der Bundesrepublik stattfindet,



Stephan Weil

nach dem Motto: Was geht es uns an?“, unterstrich der Ministerpräsident: „Das muss ein Ende haben.“

Nach seinen Angaben wollen sich die Regierungschefs der Länder am 16. Dezember mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Berlin über die Flüchtlingsfrage austauschen. Niedersachsen werde bis Jahresende rund 19.000 Flüchtlinge aufgenommen haben, dreimal so viele wie noch vor drei Jahren. „Die Menschen werden hier bleiben und nicht in absehbarer Zeit zurückkehren – alles andere ist eine Illusion“, betonte Weil. „Die Flüchtlinge von heute sind Nachbarn von morgen. Sie sind auf eine nachhaltige Unterstützung der Gesellschaft angewiesen.“

Jens Rannenberg wollte wissen, ob die Gelder für eine begleitende Sozialarbeit für Flüchtlinge noch aufgestockt werden könnten. Weil sagte, das Land habe die Leistungspauschale bereits auf 6.200 Euro erhöht, sagte Weil. Im Bundesländervergleich stehe Niedersachsen damit gut da.



Journalisten im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten

Solide Finanzen verschaffen Atempause

Die Kirchensteuern sprudeln wieder, die Zeit der Defizite ist vorerst vorbei. Die Landeskirche kann deshalb die SpARBremse etwas lockern – sie entlastet Kirchenkreise und Einrichtungen.

Zehn Jahre hat es gedauert, doch nun ist das Ziel erreicht: Der Haushalt der Landeskirche ist weitgehend saniert. Die Landeskirche fährt wieder Überschüsse ein, die recht deutlich ausfallen. „Zurzeit ist unsere Finanzsituation sehr zufriedenstellend“, sagte der Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Rolf Krämer in seiner Haushaltsrede. Die Landessynode konnte deshalb die Vorgaben des Aktenstückes Nr. 98 vorübergehend aussetzen, wenn auch nicht ganz aufheben, und so den Spardruck mildern – sowohl bei den Kirchenkreisen als auch bei den übergemeindlichen Einrichtungen.

Für das laufende Jahr erwartet Krämer rund 20 Millionen Euro mehr Einnahmen aus der Kirchensteuer als im Jahr zuvor – insgesamt werden es rund 528 Millionen Euro sein. Das werde voraussichtlich wieder zu einem deutlichen Überschuss führen. Dieser soll auch in die Altersversorgung der Pastoren und Kirchenmitarbeiter fließen.

Die Landessynode beschloss einen Doppel-Etat in Höhe von 575 Millionen Euro für 2015 und 578 Millionen für 2016. Darin sind jeweils mehr als 530 Millionen an Kirchensteuern eingeplant. Diese machen damit mehr als 90 Prozent der Einnahmen aus. Krämer rechnet in beiden Jahren mit Überschüssen von mehr als 30 Millionen Euro.

Der Finanzchef führte die positive Entwicklung unter anderem auf die gute wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland zurück, die auch die Kirchensteuern sprudeln lasse. Die Landessynode habe durch konsequente Einsparungen seit 2004 aber auch selbst dazu beigetragen. „Das Ergebnis beschert uns heute einen erheblichen Hand-



lungsspielraum, den wir gut nutzen können, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen.“

Der größte Ausgabeposten im neuen Etat sind mit insgesamt 420 Millionen die Personalkosten. Sie machen 77 Prozent aus. Davon werden unter anderem Pastoren, Musiker, Küster, Sekretärinnen oder Sozialarbeiter bezahlt. Rund 15 Millionen Euro sind für die Sanierung von Kirchen und Kapellen bestimmt. Rund 23 Millionen sollen an die 640 Kindertagesstätten mit rund 53.000 Kindern fließen. 4,9 Millionen Euro sind für die Evangelischen Schulen mit rund 4.000 Schülern vorgesehen. 3,8 Millionen gehen an den Evangelischen Entwicklungsdienst. Um unerwarteten Einbrüchen bei der Kirchensteuer vorzubeugen, baut die Landeskirche eine Risiko-Rücklage auf. In der Debatte warnte Fritz Hasselhorn vor einer „Versuchung der fetten

Jahre“: Nach den Jahren mit guten Einnahmen kämen wie in der Josefsgeschichte die „mageren Jahre“. Die Landessynode müsse deshalb für schlechte Zeiten vorbeugen. Es sei in Ordnung, wenn sie jetzt die Kirchenkreise entlaste oder Pastoren aus anderen Landeskirchen anstelle. „Wir haben aber keine Trendwende, sondern lediglich eine Atempause.“

Auch Gerhard Tödter gab zu bedenken, das Steuer-Hoch könne abrupt enden. Dann gerate die Landeskirche wieder in eine Sparphase.

Rolf Bade sagte, die Landeskirche müsse inhaltlich überlegen, wie sie ab 2020 aufgestellt sein wolle. „Diese Frage wird sich aufdrängen.“ Finanzielle und inhaltliche Fragen müssten zusammen betrachtet werden, nicht getrennt voneinander.

Christian Sürle pflichtete ihm bei: „Die Frage der Perspektiven fordert intensive Diskussionen.“



Der LSA-Vorsitzende Jörn Surborg bringt seinen Bericht ein

Neues Modell für das ephorale Amt

Sollen Superintendentinnen und Superintendenten künftig ausschließlich einem Kirchenkreis zugeordnet werden können und dann nicht mehr mit einem Teil ihrer Stelle an eine Kirchengemeinde gebunden sein? Das will die Landeskirche in den nächsten sechs Jahren erproben. Der Kirchensenat hat der Landessynode eine entsprechende Verordnung vorgelegt.

Die Erprobung sei eine Folge des Strukturwandels in der Landeskirche, sagte Kirchensenator Knut Laemmerhirt. Die Kirchenkreise seien in den vergangenen 15 Jahren immer größer geworden, und damit habe sich auch die Leitungsstruktur verändert. In vielen Kirchenkreisen sei für die Leitungsaufgaben bereits jetzt eine volle Stelle vorgesehen, wobei ein Teil davon auf einen Stellvertreter übertragen werde. Für das zu erprobende Modell gebe es eine größere Zahl interessierter Kirchenkreise, erläuterte Laemmerhirt. Wählt ein Kirchenkreis das Erprobungsmodell, so erhält der Superintendent oder die Superintendentin zwar eine Predigtstätte in einer Kirchengemeinde zugewiesen – diese muss jedoch keine Dienstwohnung stellen. Der Pastorenausschuss äußerte Bedenken. Die ephorale Ebene entferne sich so noch weiter von den Pfarrern und Kirchenvorständen, und die Amtsträger verlören wichtige pastorale Kompetenzen. In früheren Jahren sei der Kirchenkreis nur eine dienstleistende Ebene gewesen, doch jetzt sei er zu einer vorgesetzten Ebene geworden: „Hier hat sich der Kirchenkreis in eine falsche Richtung entwickelt.“ Ein Kirchenkreis sei keine Kirchengemeinde und könne gemäß den Bekenntnisschriften kein eigenes Pfarramt haben.

Surborg: Neue Wege wagen

Neue Wege beschreiten – das ist dem Vorsitzenden des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, wichtig. Auch wenn die Finanzen wieder in gutem Fahrwasser seien, dürfe die Landeskirche nicht alles lassen, wie es ist. Sie müsse vielmehr mutig weiter an besseren Strukturen arbeiten. Niemand garantiere, dass das Fahrwasser so ruhig bleibe wie jetzt. „Wer nicht den Mut zum Ausprobieren hat, verfällt in Schockstarre“, sagte Surborg. Das bezog er zunächst auf die Erprobung von Superintendentur-Stellen ohne direkte Gemeindegliederbindung. Die damit verbundenen Änderungen seien von der Landessynode gewollt, betonte er und widersprach damit Einwänden des Pastorenausschusses. Die Landeskirche habe Zuständigkeiten an die Kirchenkreise abgegeben und damit die mittlere Ebene gestärkt. Surborg erläuterte weiterhin, dass die Landeskirche aufgrund der guten Haushaltslage zurzeit viele Pastorinnen und Pastoren aus anderen Landeskirchen anstellen könne. Dafür benötige sie einen beweglichen Stellenpool, der

bis 2016 auf bis zu 20 Stellen wachse. Ausführlich schilderte er die „finanzielle Schieflage“ im Lutherischen Verlagshaus (LVH) in Hannover. Hier seien zum Teil sechsstellige Defizite angefallen. Zeitweise habe die Kündigung von bis zu 18 Mitarbeitenden gedroht. Inzwischen zeichne sich ein Verkauf des Verlages ab, die Zahl der Kündigungen könne so voraussichtlich sehr klein gehalten werden.

In der Debatte sagte Eckart Richter, ein Fall wie im LVH dürfe sich nicht wiederholen. „Wenn es um Geld geht, müssen wir sehr genau hinschauen.“ Hier seien die Kontrollgremien gefragt.

Die Präsidentin des Landeskirchenamtes, Stephanie Springer, antwortete, dass die Landeskirche dem vor fünf Jahren neu konzipierten Medienhaus eine mehrjährige wirtschaftliche Anlaufphase eingeräumt habe. „Es ist dann schwierig zu sagen, wo der turning point ist und wann man die Reißleine ziehen muss.“ Als das Defizit zu groß geworden sei, habe das Landeskirchenamt rasch das Ruder herumgerissen.

Mahler für familienfreundlichere Arbeitszeiten

Die Gleichstellungsbeauftragte Hella Mahler berichtete erstmals vor der Landessynode. Sie konnte von ersten Erfolgen erzählen, sieht aber auch weiteren Handlungsbedarf.

Mahler forderte mehr Flexibilität auch in kirchlichen Führungsämtern. Frauen seien in den Leitungsämtern nach wie vor unterrepräsentiert, sagte die Pastorin. Ein Grund dafür sei, dass viele von ihnen sich mehr in der Verantwortung für die Familie sähen. Wichtig seien daher familienfreundliche Arbeitszeiten und neue Arbeitszeitmodelle.

Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes hatte Mahler aber auch Erfolge zu vermelden. Die Zahl der Gleichstellungsbeauftragten sei mittlerweile auf insgesamt 60 angestiegen. 14 Kirchenkreise hätten aktuell noch keine Beauftragung vergeben.

Die Zahl der Frauen im sechsköpfigen Bischofsrat steige im nächsten Jahr wieder auf zwei an. Im Sprengel Stade gebe es in der mittleren Führungsebene der Superintendentinnen und Superintendenten mittlerweile mehr Frauen als Männer.

Zum ersten Mal sei im Kirchenkreis Leine-Solling kürzlich ein Ehepaar gewählt worden, das sich eine Superintendenturstelle teilen wird. Dennoch sei es wichtig, an diesen Punkten weiterzuarbeiten.

Mit einem Mentoring-Programm würden in der Landeskirche Frauen derzeit gezielt auf Führungsaufgaben vorbereitet, sagte die Beauftragte. Solche Förderung bleibe wichtig, „weil es immer noch genug Frauen gibt, die entweder durch die Familienphase oder durch Teilzeitbeschäftigungen nicht die gleichen Chancen der Weiterentwicklung haben wie Männer“. Das Pilotprojekt läuft derzeit im Sprengel Hannover. Nach den Worten von Landessuperintendentin Ingrid Spieckermann wird es gut nachgefragt.



In der Debatte bat Hanna Löhmannsröben das Landeskirchenamt, Mahler andere Räume zur Verfügung zu stellen. Besonders mit Blick auf die sensible Aufgabe, Opfer sexualisierter Gewalt zu beraten, seien die bisherigen Räume zu abgelegen und nicht geeignet. Zudem diskutierten die Mitglieder der Landessynode, ob Mahlers Stelle ausreicht, um sowohl die Aufgaben der Gleichstellung als auch die Beratung von Gewaltopfern leisten zu können. Rolf Bade unterstrich: Beide Bereiche hätten große Bedeutung.

Mit dem Gleichstellungsgesetz habe die Landeskirche einen großen Sprung gemacht, sagte Jörn Surborg. Doch es gebe immer noch Defizite. Auch im Kirchensenat und unter den Vorsitzenden der synodalen Ausschüsse seien die Frauen weiterhin zu wenig repräsentiert.

Strittiger Punkt wird erneut beraten

Der Entwurf des veränderten Kirchengesetzes zur Förderung der Gleichberechtigung in der Landeskirche wurde dem Antrag von Thomas Reisner folgend an den Rechtsausschuss überwiesen. Dort soll vor allem noch einmal der strittige Punkt beraten werden, ob Vertreterinnen und Vertreter der Mitarbeitervertretung (MAV) gleichzeitig das Amt der oder des Gleichstellungsbeauftragten ausüben dürfen. Die Gesetze sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene hielten an einem Verbot fest, sagte Landeskirchenamts-Präsidentin Stephanie Springer. So solle die Unabhängigkeit der Gleichstellungsbeauftragten gewahrt werden.

Landesbischof Meister: Debatte um Sterbehilfe ist wichtig

Landesbischof Ralf Meister warb in seinem Bericht für eine würdige Gedenkkultur und eine gute Begleitung von Sterbenden. Sie könne nicht alle Fragen lösen. Letztlich gehe es immer um sehr individuelle Entscheidungen. In der Debatte

Landesbischof Ralf Meister sieht eine gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe, wie sie im Bundestag diskutiert wird, kritisch. „Diese Debatte ist außerordentlich wichtig für unsere Gesellschaft“, sagte Meister in seinem Bischofsbericht. Ein neues Gesetz sei aber problematisch, wenn damit auch Gewissensentscheidungen von Ärzten einer strafrechtlichen Kontrolle unterworfen würden.

Der Bundestag diskutiert zurzeit über eine Neuregelung bei der Sterbehilfe. Weitgehende Einigkeit besteht beim geplanten Verbot organisierter und kommerzieller Sterbehilfe. Umstritten ist, ob Mediziner in eng umgrenzten Fällen die Möglichkeit erhalten sollen, bei der Selbsttötung von schwerstkranken Patienten zu assistieren.

„Die deutliche Mehrheit innerhalb der Kirche ist gegen jede Form geschäftsmäßiger und organisierter Sterbehilfe“, sagte Meister. Jedoch werde kein Gesetz alle Fragen abschließend lösen. Letztlich gehe es immer um sehr individuelle Entscheidungen. Die evangelische Kirche unterstütze deshalb alle Bemühungen, sterbende Menschen gut zu begleiten. Dazu müsse die Palliativmedizin ausgebaut werden.

Die Kirche müsse auch theologische Fragen in die Debatte einbringen, sagte der Bischof. Nach der christlichen Auferstehungshoffnung habe der Tod nicht das letzte Wort: „Das Abschiednehmen aus dieser Welt ist nicht ein absolutes Ende, sondern ein Übergang.“

Meister mahnte, auch das Gedenken an die Toten werde immer mehr aus der Öffentlichkeit verdrängt. Er kritisierte das neue Bestattungsgesetz im Land Bremen. Dort darf ab Anfang



Landesbischof Ralf Meister berichtet

kommenden Jahres die Asche Verstorbener in privaten Gärten oder auch in Parks verstreut werden. „Wir sehen die Gesetzgebung in Bremen mit Sorge“, sagte Meister. Es bestehe die Gefahr, „dass Kostengründe ausschlaggebend werden können für eine solche Verdrängung der Erinnerung“.

Der Bischof rief weiter dazu auf, die Hilfen für Flüchtlinge auszuweiten. Die großen zivilgesellschaftlichen Gruppen wie die Kirchen könnten noch mehr tun, um etwa Unterkünfte für Flüchtlinge bereitzustellen.

Meister stellte zudem eine neue Handreichung des Bischofsrats für die Segnung gleichgeschlechtlicher Lebenspartner in öffentlichen Gottesdiensten vor. Damit ermöglicht jetzt auch die hannoversche Landeskirche die Segnung, die dort seit Jahrzehnten heftig umstritten war.

Bei den neuen Segnungsgottesdiensten ist es möglich, dass sich die Partner gegenseitig ein Versprechen geben und Ringe wechseln. Meister zufolge können sich Pastorinnen oder Pastoren aus Gewissensgründen jedoch auch weigern, die Segnung selbst vorzunehmen, und sie an eine andere Kirchengemeinde abgeben.

Mit Blick auf die Krisenherde in der Welt mahnte der Landesbischof: „Lasst uns die Friedensarbeit in unserer Kirche weiter ausbauen.“

Die auch innerkirchliche Diskussion um den Umgang mit den Verbrechen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Irak mache zugleich deutlich, dass ethische Entscheidungen nicht eindeutig seien, sondern Ergebnisse intensiver Auseinandersetzungen. Für solche Diskurse könnten die Kirchen ideologiefreie Räume bieten.

Wichtig für die Gesellschaft

Über den Umgang mit Menschen am Lebensende. Eine gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe sieht er kritisch. Er wurde deutlich, wie viele theologische und ethische Fragen das Thema aufwirft.

Aus dem Plenum: Die Mitglieder der Landessynode dankten dem Bischof für seine Ausführungen. Manche wünschten sich eine noch intensivere Auseinandersetzung mit den theologischen Fragen zum Lebensende.

Jörg Zimmermann schilderte das Dilemma der Ärzte in der Debatte um die Sterbehilfe. Die Ärztekammer Niedersachsen sei gegen die Vorschläge aus der Politik, Ärzten unter bestimmten Voraussetzungen die Beihilfe zum Suizid zu erlauben. „Der Arzt, der in diese Situation kommt, ist in einem tiefen Gewissenskonflikt.“ Die Begleitung in der letzten Lebensphase koste Zeit. Er wünsche sich deshalb einen Appell für eine Stärkung der Palliativmedizin in den Krankenhäusern.

Christian Castel brachte die Rolle der Bestatter bei den Beerdigungen ins Gespräch. Mit eigenen Trauerkapellen oder indem sie bestimmte Friedwälder bevorzugten, machten sie der Kirche

in mancher Hinsicht Konkurrenz. Bischof Meister erzählte von seiner Anregung, die Kirche könne Bestatter auszeichnen, die von sich sagen: „Wir bestatten christlich.“

Lutz Meyer warf einen kritischen Blick auf eine gesellschaftliche Tendenz, bei der Menschen die eigene Sterblichkeit leugneten. „Wie begleiten wir die Lebenden so, dass sie lernen, dass das Sterben zum Leben dazugehört?“

Birgit Thiemann hat auch bei Jugendlichen ein Interesse am Thema Totengedenken beobachtet. Aus Projekten mit Schülern wisse sie: „Sie würden gern einen Ort haben, wo andere sich ihrer erinnern.“

Jörn Surborg begrüßte die Anregung, sich mit dem Thema Friedensethik auseinanderzusetzen. Es gebe wichtige Fragen wie die der Waffenlieferungen. Eckart Richter sagte dazu, er könne mit den pazifistischen Kreisen in der Kirche nichts anfangen, die gegen jedes mili-

tärische Eingreifen sind. Hildegard Holthoff entgegnete: „Ich bin eher bei Frau Käßmann, die generell Waffen ablehnt.“ Katja Lebmke rief dazu auf, in friedensethischen Fragen den Dialog mit anderen Religionen zu suchen. Sie habe mehrere Jahre in Syrien gelebt und ein ganz anderes Bild von dem Land, als es derzeit in den Medien gezeichnet werde. „Der interreligiöse Dialog ist wichtig, um Vorurteile abzubauen.“

Fritz Hasselhorn begrüßte für die Gruppe „Lebendige Volkskirche“, dass der Bischofsrat die Handreichung zur Segnung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften vorgelegt hat.

Auch Mirko Peisert freute sich über die Handreichung. Als er 1993 begonnen habe, Theologie zu studieren, habe er nicht gewusst, ob er als schwuler Mann überhaupt Pastor werden könne. „Dass ich diese Ordnung in der Hand halten darf, erfüllt mich auch mit Stolz auf meine Kirche.“

Wichtiges in Kürze

Das Verständnis von Mission im In- und Ausland wandelt sich – damit will sich der Ausschuss für Mission und Ökumene auseinandersetzen. Religiöse Erfahrungen würden nicht mehr nur in der Ortsgemeinde gemacht, sagte der Vorsitzende Ottomar Fricke. Zudem rückten die Entwicklungspolitik sowie die Begleitung des Missionswerkes und der Fachhochschule für interkulturelle Theologie in Hermannsburg in den Blick. Wichtig seien auch der interreligiöse Dialog und das Christsein in einer zunehmend säkularisierten Welt.

Im Mitarbeitervertretungsrecht gilt in der Landeskirche ab Januar 2015 bis auf weiteres das bisherige Recht der Konföderation. Das beschloss die Landessynode mit einem neuen Kirchen-gesetz. Sie schloss damit eine Regelungslücke, die durch eine Abstimmungsniederlage in der Konföderationssynode entstanden war. Dort wurde ein Gesetz zur Einführung des Mitarbeitervertretungsgesetzes der EKD in allen niedersächsischen Kirchen abgelehnt. An dem Gesetz wird jetzt in den fünf Kirchen weitergearbeitet.

Die Vergütungen für Umzugskosten und Trennungsgeld werden neu geordnet. Von Januar an sollen die Regelungen des Landes Niedersachsen gelten. Ziel ist es, bisherige Ungleichbehandlungen auszugleichen, um so auch die Mobilität der Pfarrerschaft zu fördern. Beschränkungen des Umzugsgutes und die Kosten der Berufspacker trägt künftig die Landeskirche. Schätzungen zufolge steigen die Kosten damit von 864.000 Euro auf etwa eine Million sowie für Vikare und Vikarinnen von 60.000 auf 80.000 Euro.

Landeskirche auf dem Weg zu einer Verfassungsreform

Die Landessynode ist auf ihrem Weg zu einer Verfassungsreform einen Schritt weiter gekommen. Die Kirchenparlamentarier stimmten dem Bericht des Schwerpunktausschusses zu, der unter anderem vorsieht, einen Sondierungsausschuss für die anstehenden Verfassungsfragen einzurichten. Als Mitglieder der Landessynode gehören ihm künftig Wencke Breyer, Matthias Kannengießer, Christine Lührs und Thomas Reisner an.

Regelungsbedarf bestehe zum einen im Verhältnis der kirchenleitenden Organe untereinander, sagte der Vorsitzende des Schwerpunktausschusses, Fritz Hasselhorn, bei der Einbringung des Aktenstücks. Die Fragen seien unter anderem: Wer gehört mit welchen Aufgaben zur Kirchenleitung? Wer nimmt die theologische Kompetenz der Kirchenleitung wahr? Hier konkurrieren dem Schwerpunktausschuss zufolge der Bischofsrat, das Landeskirchenamt sowie der Ausschuss für Theologie und Kirche der Landessynode miteinander.

Geklärt werden müsse außerdem, ob das bischöfliche Amt eher Sache einer oder eines Einzelnen sei, oder ob es gemeinschaftlich vom Bischofsrat verantwortet werde. Ein weitere Frage laute, ob eine solche gemeinschaftliche Verantwortung sich nicht auch in der Aufgabenbeschreibung und Bezeichnung der Mitglieder des Bischofsrates abbilden müsse.

Offen sei außerdem, wie die Rolle der Landessynode gestärkt werden könne. Sie sei nach wie vor das schwächste der kirchenleitenden Organe, heißt es im Aktenstück.

Auch die Stellung der Kirchenkreise müsse überdacht werden: „Durch die vielen Aufgaben, die bereits auf die Kirchenkreise übertragen wurden, klaffen



Fritz Hasselhorn erläutert den neuen Sondierungsausschuss

Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit weit auseinander.“ Es sei noch unklar, ob ein eigenes Leitungsamt für die Kirchenkreise nötig sei oder ob das Amt des Superintendenten oder einer Superintendentin „gewissermaßen als Nebenauftrag zu einem pastoralen Amt ausgeübt werden kann“.

Auch die Stellung der Kirchenämter müsse geklärt werden, nachdem sie nicht mehr eins zu eins einem Kirchenkreis zugeordnet werden könnten, hieß es. Aus den Kirchengemeinden gebe es zunehmend Anfragen, wo die Grenzen der Kompetenz der Kirchenkreise lägen und welche Befugnisse ihnen selbst verblieben.

Kritisch müsse auch das Kirchenbild in der Verfassung hinterfragt werden, unterstrich Hasselhorn: „Wir haben einen Absatz über die Bedeutung des Ehrenamtes eingefügt, aber viele Abschnitte atmen noch die Vorstellungen der fünfziger und sechziger Jahre.“ Auch fehle nach wie vor eine Kirchenverfassung in geschlechtergerechter Sprache.

Verfassungsfragen seien immer auch Machtfragen, heißt es in dem Aktenstück. Deshalb sollen in dem neuen

Sondierungsausschuss Vertreter und Vertreterinnen aller kirchenleitenden Organe mitarbeiten: neben den Mitgliedern der Landessynode noch je zwei Mitglieder des Kirchensenates, des Landessynodalausschusses und des Landeskirchenamtes sowie ein Mitglied des Bischofsrates.

Der Ausschuss soll Hasselhorn zufolge ein Jahr lang arbeiten und der Landessynode einen Vorschlag unterbreiten, in welchem Umfang eine Verfassungsrevision angegangen werden soll: „Reicht eine Überarbeitung einzelner Abschnitte, oder streben wir eine komplette Neufassung an?“ Im nächsten Schritt solle dann ein Verfassungsausschuss seine Arbeit aufnehmen.

Der Sondierungsausschuss könne innerhalb eines Jahres durchaus große Problemfelder beschreiben, sagte Hasselhorn. „Die Landessynode wird dann entscheiden müssen, ob sie diesen Weg gehen will.“ Das Volk Israel habe sich damals den Weg nach Kanaan nicht zugetraut, gab Hasselhorn seinen Konsynodalen zu bedenken: „Lieber zog es vierzig Jahre lang in der Wüste umher.“

Öffentlichkeitsarbeit Bestattungskultur im Wandel auf neuen Wegen

Mit einer sogenannten Kick-Off-Veranstaltung soll im Januar die Arbeit am neuen Kommunikationskonzept der Landeskirche beginnen. Eingeladen seien zahlreiche Mitarbeitende aus der Öffentlichkeitsarbeit und Publizistik, kündigte Hans-Christian Winters als Vorsitzender des Öffentlichkeitsausschusses an. Mit der Umsetzung sei die hannoversche Agentur „aserto“ beauftragt worden.

Die Evangelische Zeitung sei bis Ende 2015 gesichert. So lange sei die Landeskirche mit ihren Partnern vertraglich an die Wochenzeitung gebunden. Die Zuschüsse der hannoverschen und oldenburgischen Kirche von 500.000 Euro pro Jahr reichten nicht mehr aus. Deshalb seien für 2015 und 2016 jeweils 300.000 Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt worden. Sie seien zunächst mit einem Sperrvermerk versehen. Erst einmal sollten die Beratungen über das Kommunikationskonzept abgewartet werden. Winters brachte es auf die Formel: „Ohne Fortschritte beim Konzept keine Fortschritte bei der Evangelischen Zeitung.“

Er verwies darauf, dass die Auflage der hannoverschen Ausgabe von ehemals 30.000 Exemplaren inzwischen auf 9.000 gesunken sei. Die Zeitung bleibe ein freies und unabhängiges Produkt, der Einfluss der Landessynode sei allein „haushalterischer Natur“.

Der Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Arend de Vries, unterstrich die Bedeutung der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit, die stets auch die Verkündigung im Blick haben müsse. In dem neuen Konzept müsse das Kommunikationsverhalten der Menschen berücksichtigt werden, das sich rasant verändere.

Höhere Verwaltungskosten, niedrigere Belegungszahlen und Umweltfragen: Bei der Gestaltung und Wirtschaftlichkeit ihrer kirchlichen Friedhöfe kämpfen viele Kirchengemeinden mit ökonomischen, ökologischen und rechtlichen Problemen, sagte Bettina Siegmund in ihrem Bericht aus dem Umwelt- und Bauausschuss. Hinzu kämen auch gesellschaftliche Veränderungen: „Die Bestattungskultur in unserem Land wandelt sich.“

Einerseits gehe der Trend zu immer individuelleren Bestattungen. „Der Wunsch nach einem Abschied in Würde ist groß.“ Andererseits gebe es die Tendenz, Trauerfälle unter dem Entsorgungsgesichtspunkt zu betrachten. Traditionen verlören ihren tragenden Charakter. „Als Kirche müssen wir die Veränderungen und Bedürfnisse der Menschen ernst nehmen und als Träger kirchlicher Friedhöfe in unsere Überlegungen aufnehmen. Ansonsten stehen wir uns aus der Verantwortung“, sagte Siegmund weiter. Die evangelische Kirche müsse das Besondere der christlichen Bestattungskultur herausarbeiten. Zugleich müsse der wirtschaftliche Betrieb der Friedhöfe gesichert werden.

Der Lüneburger Landessuperintendent Dieter Rathing berichtete von seiner Sprengelreise, bei der er sich eine Woche lang über das Thema Bestattungskultur informiert habe. Einerseits gebe es sehr „aufgeweckte Friedhofsträger“. Dazu gehörten Initiativen von Ehrenamtlichen, die Friedhöfe führten. So bemühe sich die Dorfgemeinschaft in Meinerdingen bei Walsrode darum, ihren Friedhof zu erhalten.

Allerdings habe er auch zwei „Baustellen“ ausgemacht, die in die Beratungen mit einfließen sollten, sagte Rathing. So gingen die Kommunen sehr unter-



Bettina Siegmund

schiedlich mit den Sozialamtsbestattungen um, bei denen die Angehörigen die Kosten nicht selbst aufbringen können. Die einen träten in Vorleistungen, damit die Bestattung innerhalb von acht Tagen erfolgen könne. Andere wie etwa Lüneburg legten die Toten „auf Eis“. Bevor die Kosten nicht übernommen würden, unternähmen sie nichts. „Das ist eine Respektlosigkeit gegenüber den Verstorbenen und gegenüber den Angehörigen.“

Ein anderes Problem seien die sogenannten Ordnungsamtsbestattungen von Menschen ohne Angehörige. Dabei übernahmen die Kommunen zwar die Kosten, wählten aber zum Teil das billigste Angebot. Dann werde etwa die Urne im brandenburgischen Prignitz begraben, unabhängig davon, wo der Verstorbene seine Heimat hatte. Rathing regte an, dass Gemeinden in „diakonischer Verantwortung“ preiswerte Gräber zur Verfügung stellen könnten, um einen „Urnentourismus“ zu verhindern.

Neue Kampagne soll für den Pfarrberuf werben

Der Nachwuchsmangel im Pfarrberuf wird die Landeskirche weiter beschäftigen. Doch wie die meisten Kirchen innerhalb der EKD habe sie mittlerweile ein Konzept dafür, wie sie hier gegensteuern wolle, sagte Oberlandeskirchenrat Michael Wöller.

Vor einem Jahr hat die Landeskirche mit Mathis Burfien erstmals einen Pastor auf einer vollen Stelle beauftragt, um junge Leute für das Theologiestudium zu begeistern.

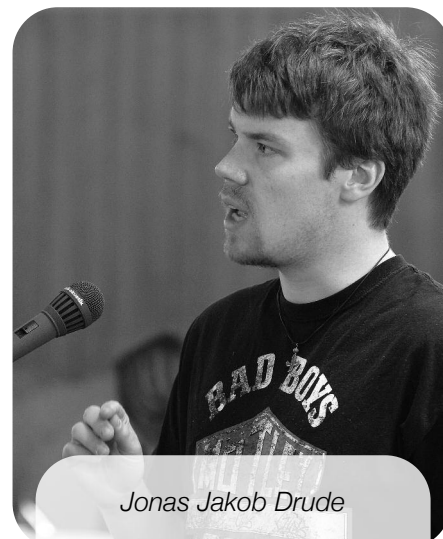
Wöller berichtete von Burfiens Ideen und ersten Erfolgen. Unter anderem in Schulen, auf Berufsmessen und im Internet wirbt Burfien für den Pfarrberuf. Zudem hat er zu besonderen Aktionen eingeladen. Unterwegs mit einem Heideschäfer konnten junge Menschen zum Beispiel einen „Hirten“ ganz anderer Art kennenlernen und dabei darüber sprechen, was das „Hirtenamt“ im Pfarrberuf ausmacht.

Burfien plant einen Wettbewerb, bei dem die beste Andacht eines Jugendlichen gekürt werden soll. Im kommenden Jahr startet zudem die Kampagne

„spread the word“ („Verbreite das Wort“). Dabei sollen 500 Taschen mit sogenannten scrap books verteilt werden – das sind Tagebücher mit Texten und Gebeten, die von den Jugendlichen ergänzt werden können. Pastorinnen und Pastoren können sie an interessierte Jugendliche weitergeben, um das Gespräch zu suchen und selbst für ihren Beruf zu werben.

Derzeit fördert die Landeskirche Wöller zufolge zudem fünf FSJ-Stellen in den Kirchengemeinden, damit sich Schulabgänger ein Bild von der kirchlichen Arbeit machen können. Geplant ist eine Internetseite, über die Praktika vermittelt werden können. Wichtig sei es, den „Mehrwert der Theologie“ als Studienfach herauszustellen, sagte der Personalreferent. Das Studium öffne den Horizont für existenzielle Fragen.

„Die Sorge um den theologischen Nachwuchs muss eine gemeinschaftliche kirchliche Aufgabe sein“, betonte Wöller. Wichtig sei dabei auch, den Pfarrberuf unter geänderten Bedingungen weiterhin attraktiv zu machen. Die



Jonas Jakob Drude

Mitglieder der Landessynode lobten Burfien für seinen Einsatz.

Der Jugendsynodale Jonas Jakob Drude, selbst Theologiestudent, berichtete, viele seiner Kommilitonen könnten sich ein Gemeindepfarramt nicht als Ziel vorstellen. Sie wollten eigene Schwerpunkte setzen und fürchteten, dass dies dann nicht möglich sei. Eine Hürde seien zudem die alten Sprachen.

Kirchenkreise müssen weniger sparen

Die finanziellen Zuweisungen an die Kirchenkreise werden ab 2017 auf sechs Jahre geplant. Normalerweise beträgt der Planungszeitraum vier Jahre, so ist es auch derzeit bis 2016. In den ersten vier Jahren des folgenden Zeitraums von 2017 bis 2022 werden die Kürzungsvorgaben ausgesetzt – es gibt jeweils Nullrunden.

Die Landeskirche schüttet dann jährlich 238 Millionen Euro aus. Ab 2021 sinkt die Zuweisung wieder um jährlich 1,5 Prozent. 2021 fließen 234 Millionen Euro, 2022 nur noch 230 Millionen. Mit diesem Konzept folgte die Landessy-

node einem Vorschlag des Landeskirchenamtes und den Anträgen vieler Kirchenkreise. Das Modell gewährleiste Verlässlichkeit, weil die Kirchenkreise eine sichere Grundlage für ihre Finanzplanung bekämen, erläuterte Oberlandeskirchenrat Rainer Mainusch: „Wir können durchatmen, und darüber sollten wir uns freuen.“ Die Kirchenkreise erhielten eine Vielzahl an Chancen.

Sie müssten allerdings weiter daran arbeiten, sich auf die Zukunft einzustellen. Das finanzielle Risiko der sechsjährigen Planung werde durch eine Risiko-Rücklage gemindert.

Jugendsynode 2015

Erstmals seit mehr als 20 Jahren wird es im nächsten Jahr eine Jugendsynode geben. Damit will die Landeskirche junge Menschen ermutigen, sich in Kirchengemeinden und Einrichtungen zu engagieren. Die bisher einzige Jugendsynode fand 1992 statt. Unter dem Motto „Kirche lebt vom Ehrenamt, wovon leben Ehrenamtliche in der Kirche?“ wollen die Mitglieder der Landessynode im November 2015 mit Jugendlichen diskutieren. Diese sollen bis zu 27 Jahre alt sein und aus allen Sprengeln sowie Jugendverbänden und Hochschulgemeinden kommen.

Abschied von Jörg Antoine und Hans-Christof Vetter

Die Landessynode verabschiedete Jörg Antoine und Hans-Christof Vetter, die künftig Stellen außerhalb der Landeskirche haben. Der niedersächsische Diakonievorstand Antoine wechselt im kommenden Jahr nach Berlin und wird dort neuer Präsident des Konsistoriums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Der ehemalige Geschäftsführer des Lutherischen Verlagshauses in Hannover, Hans-Christof Vetter, ist Mitte November nach Berlin gewechselt. Er ist dort für das Marketing sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Vereins „Reformationsjubiläum 2017“ zuständig. Synodenpräsident Matthias Kannengießer dankte beiden dafür, dass sie die Landessynode unterstützt hätten.



Matthias Kannengießer verabschiedet Jörg Antoine (links)

Neues Bild des Alterns erfordert neue Angebote der Kirche

Udo Jürgens ist 80 geworden und fühlt sich wie 51. Am Beispiel des Schlagersängers beschrieb Oberkirchenrätin Heike Köhler, wie radikal sich das Altersbild in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt hat. Für die kirchliche Arbeit mit Älteren und Alten habe das weitreichende Konsequenzen. „Viele starten im Ruhestand noch einmal durch“, sagte Köhler. Zugleich seien die jungen Alten oft auch mit der Pflege ihrer Eltern in die Pflicht genommen. Angesichts des demografischen Wandels und der älter werdenden Bevölkerung gewinne die Arbeit mit Älteren insgesamt an Gewicht. Bei den kirchlichen Angeboten seien nach wie vor die Seniorenachtmittage und die Besuchsdienstarbeit wichtige Konstanten. Gut nachgefragt seien zudem Bildungsangebote wie „Kloster auf Zeit“, von denen es aber noch zu wenige

gebe. Die Vernetzung zum Beispiel mit anderen Bildungsträgern und Kommunen müsse weiter vorangebracht werden. Die Alten von heute wollten beteiligt werden, unterstrich Köhler. „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel.“ Die Landeskirche will einen Förderpreis für innovative Projekte der Altenarbeit ausschreiben, der im April 2016 zum „Tag der älteren Generation“ überreicht werden soll.

Auch für die Diakonie sei die alternde Bevölkerung eine Herausforderung, sagte Köhler. Altenheime entwickelten sich zunehmend zu Orten des Sterbens. Das Diakonische Werk in Niedersachsen habe mit seiner Initiative zur palliativen Begleitung in Altenheimen begonnen, die Pflegerinnen und Pfleger besser auf die Betreuung von Menschen am Lebensende vorzubereiten. Der Umgang mit dem demografischen

Wandel ist, wie Köhlers Bericht zeigte, für die Landessynode eine Querschnittsaufgabe.

Bis hin zum Jugendausschuss werden sich deshalb mehrere Ausschüsse damit auseinandersetzen. Im September kommenden Jahres plant die Landeskirche einen Kongress „Sechzig plus Kirche“ im hannoverschen Kongresszentrum.

Weil auch die Altersarmut zunimmt, soll das Diakonische Werk nach einem Antrag von Kerstin Dede prüfen, ob Wohnprojekte für alte Menschen mit wenig Geld entstehen können.

Um Ältere mit ihren Potenzialen für die Kirche zu gewinnen, müsse die Arbeit mit Ehrenamtlichen weiter verbessert werden, sagte Bodo von Bodelschwingh: „Es ist eine richtig aufwendige Arbeit, dieses Personalmanagement hinzukriegen.“

Vertreterinnen und Vertreter für Synoden von EKD und VELKD



Die neu gewählten Mitglieder der EKD-Synode

Auch Wahlen standen auf der Tagesordnung. Die Mitglieder der Landessynode wählten insgesamt elf Vertreterinnen und Vertreter für die Generalsynode der VELKD, zehn von ihnen wurden auch in die Synode der EKD gewählt. Die ordinierten Mitglieder sind: Burkhard Kindler, Detlef Klahr, Lutz Meyer, Philipp Meyer

Die nichtordinierten Mitglieder sind: Marie-Luise Brümmer, Matthias Kannengießer, Katja Lembke, Rainer Mainusch, Henning Schulze-Drude, Viva-Katharina Volkmann, Jürgen Schneider (nur VELKD)

Alle gewählten Vertreterinnen und Vertreter haben jeweils zwei persönliche Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. In die Stellvertretung wurden für die ordinierten Mitglieder gewählt:

Christian Castel, Ottomar Fricke, Angela Grimm, Hanna Löhmannsröben, Thomas Müller, Mirko Peisert, Karl-Otto Scholz, Martin Steinke

Stellvertreterinnen und Stellvertreter der nichtordinierten Mitglieder sind:

Rolf Bade, Wencke Breyer, Friederike Dauer, Friedo Hansen, Karin Köhler, Angelus Müller, Anja von Nassau, Andrea Radtke, Jens Rannenberg,

Adalbert Schmidt, Stefan Wenzel, Hendrik Wolf-Doettinchem, Fritz Hasselhorn (nur VELKD), Elisabeth Schulze (nur VELKD)

*Herausgegeben im Auftrag der
25. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers von der
Lutherischen Verlagshaus GmbH, Hannover,
Knochenhauerstraße 38/40, 30175 Hannover*

Redaktion:

*Ulrike Millhahn (verantwortlich)
Michael Grau, Karen Miether,*

*Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang,
Martina Rosenwirth
Lutherisches Verlagshaus*

*Fotos: Jens Schulze
Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen*

*Wenn Sie sich künftig nach jeder Tagung der Landessynode der
Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die Tagung informieren
wollen und ein oder mehrere „beraten und beschlossen“ beziehen möchten,
bestellen Sie dies bitte bei der Lutherischen Verlagshaus GmbH,
Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover, Telefon 0511/1241-736,
Fax 0511/1241-705, E-Mail synode@lvh.de*

*Unter Mitwirkung der
Öffentlichkeitsbeauftragten
www.evka.de/synode*